

Inhalt - Sommaire

Editorial

- 3 Kriterien, Indikatoren und «contorno»

Wissenschaftspolitik – Politique scientifique

- 5 Stellungnahme des Schweizerischen Nationalfonds zum Editorial des Bulletins 2001
- 6 «Choisir c'est renoncer et renoncer c'est douloureux» – Entretien avec Charles Kleiber
- 8 Echos de la polémique des Pôles de recherche nationaux au parlement
- 10 Nachdiplomstudien im Bereich Entwicklung

Interview

- 12 «Die KFPE muss in der schweizerischen Öffentlichkeit ein breiteres Verständnis für die Probleme des Südens und des Ostens fördern» – Interview mit Prof. Hans Hurni

SAGW-News-ASSH

- 16 Concours de la «Lunette d'Or»: c'est reparti!
- 17 La diversité des sciences humaines en péril? Journée de réflexion de l'ASSH
- 18 Band 18 der Diplomatischen Dokumente der Schweiz ist erschienen!
- 20 Tagung «Das Wasser der Alpen: Nutzungskonflikte und Lösungsansätze»
- 21 Digitale Wortschatzpflge
- 23 Geschlechterdifferenz und Macht: Eine neue Publikation der SAGW
- 24 «Come mai ci si interessa delle Alpi a Milano?» Interview con Chasper Pult

Dossier

- 26 Université de Lausanne – Université de Niamey (Niger): quinze ans de collaboration académique.
- 28 Regard du Sud. *Mamadou Ndiaye*
- 31 Gesundheit in Städten der Dritten Welt. *Brigit Obrist*
- 33 Un environnement propre, pour qui? *Jean-Claude Bolay*

Forum Mitgliedgesellschaften – Sociétés membres

- 37 Schweizerische Friedensstiftung:
Erfahrungen mit Nord-Süd-Partnerschaften. *Laurent Goetschel*
- 38 Veranstaltungskalender der Mitgliedgesellschaften

40 In Kürze – En bref

Bestellschein/Bildnachweis

Impressum

Bulletin 2, Mai 2001. Erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften,
Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern

Tel. 031 311 33 76, Fax 031 311 91 64, sagw@sagw.unibe.ch, <http://www.sagw.ch>

Redaktion: Beat Sitter-Liver (SL), Magali Dubois (md), Annemarie Berlinger-Staub (ab).
Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Kathrin Pieren (kp), Markus Zürcher (mz), Suzanne Stehelin
(Lektorat)

Umschlag: Laszlo Horvath, Bern

Druck: Jordi AG, 3123 Belp

Editorial

Kriterien, Indikatoren und «contorno»

Macht man sich hierzulande Gedanken zur Leistungs- und Qualitätsmessung in den Sozial- und ganz besonders auch in den Geisteswissenschaften, so tönt das wie Begleitmusik zu Konzerten die anderswo schon gespielt werden. Neuerdings auch auf europäischer Ebene: Im «Standing Committee for the Humanities» der Europäischen Wissenschaftsstiftung (ESF) ist, unter Führung von Alain Peyraube (CNRS, Frankreich), ein Projekt angelaufen, das in einen «European Citation Index for the Humanities» münden soll. In einen Index, der – anders als der «Arts and Humanities Citation Index» aus den USA, der, betrachtet man ihn genauer, seinen Namen nicht verdient – den Besonderheiten geisteswissenschaftlicher Forschung Rechnung trägt. Diese machen das Projekt zu einem kniffligen Unternehmen: Nicht nur reicht es nicht, bloss englisch geschriebene und sonst recht willkürlich ausgewählte, auch nicht wissenschaftliche, Literatur zu berücksichtigen, sondern man muss auch nationale, ja lokale Zeitschriften beachten. Einzubeziehen sind auch Bücher, die ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger sind als Zeitschriftenartikel. Zudem fällt ins Gewicht, dass im Gebiete kulturwissenschaftlicher Forschung die Forschenden in wichtiger und nicht aufhebbarer Weise den Forschungsgegenstand prägen, gleichsam Teil davon sind. Das trifft für die Naturwissenschaften nicht in gleicher Weise zu und macht den Prozess der Qualitätsmessung bei ersteren noch schwieriger. Bei jenen,

die sich der «Citation indexes» bedienen, um Ansehen und Qualität kulturwissenschaftlicher Forschung zu beurteilen, scheint zudem eine Horizonterweiterung nötig zu sein. Das jedenfalls ist aus einem Ende 1998 in «Nature» publizierten und rasch ins französische («La Recherche») übersetzten Artikel zu schliessen, der die bestehenden Indizes als unbrauchbar beurteilt, weil die Forschung in den Sozial- und Geisteswissenschaften zu wenig internationalisiert sei. Diesem Urteil fehlt offensichtlich einiges Wissen um das Proprium geisteswissenschaftlicher Anstrengungen.

Wir werden die ersten Überlegungen und Analysen aus der Feder von Alain Peyraube im nächsten Bulletin vorlegen, zusammen mit parallel laufenden Gedanken von Ferenc Kiefer (Ungarische Akademie der Wissenschaften). Im Juni werden sie in einem international besetzten Workshop diskutiert und erweitert. Zu den Sozialwissenschaften veranstaltet die SAGW selber eine Tagung Mitte Mai. Die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung um Leistungs- und Qualitätsmessung werden wir ebenfalls resümieren.

Wie dringend solche Klärungen sind, wurde bekanntlich aus Kommentaren ablesbar, welche die Etablierung von Nationalen Forschungsschwerpunkten (NFS) im vergangenen Dezember begleiteten. Wir haben einen guten Teil des letzten Bulletins diesem Thema gewidmet. Der Staatssekretär für Wissenschaft und Bildung, Dr. Charles Kleiber, wurde da und dort

nicht mit seidenen Handschuhen angefasst. Wir sind froh, dass er sich spontan zur Sache äussert und danken ihm für das Interview, das wir auf Seite 6 veröffentlichen können. – Auch aus dem Nationalfonds ging uns eine Stellungnahme zu. Sie betrifft das Editorial und kritisiert eine Falschmeldung, die es verbreitet. Die Rüge habe ich als Autor zu kassieren, denn ich übertrug – sofern ich nun richtig informiert bin – aktuelle Verhältnisse auf einen Evaluationsprozess, in welchem diese nicht bestanden hatten. Für diesen Fehler entschuldige ich mich. Nicht ohne meiner festen Hoffnung Ausdruck zu geben, die gemeinsame Evaluation der Verfahren und des Ausmasses der Eignung von NFS für die Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften werde nun rasch (ein halbes Jahr trennt uns schon vom 18. Dezember 2000) und in konstruktivem Geist an die Hand genommen. An der SAGW soll es nicht fehlen.

Beat Sitter-Liver

Stellungnahme des Schweizerischen Nationalfonds zum Editorial des Bulletins 1/2001

Dr. Hans Peter Hertig, Generalsekretär des Schweizerischen Nationalfonds

Im Editorial zum Bulletin 1/2001 hat der Generalsekretär der SAGW seiner Enttäuschung darüber Luft gemacht, dass die Geisteswissenschaften in der ersten Selektionsrunde des Programms «Nationale Forschungsschwerpunkte» leer ausgegangen sind. Einen Grund dafür sieht er beim Selektionsverfahren des SNF. Für die Auswahl der Projekte zeichne eine Gruppe des Forschungsrates verantwortlich, der kein einziger Vertreter der Geisteswissenschaften angehört habe.

Das schlechte Abschneiden der Geisteswissenschaften ist bedauerlich und muss sorgfältig analysiert werden. Nicht weiter helfen in diesem Zusammenhang aber Fehlmeldungen und Falschinformationen:

- Die von B. Sitter kritisierte Sektion NFS der Abteilung IV des Forschungsrates hat ihre Arbeit erst im Februar 2000 aufgenommen. Zu diesem Zeitpunkt waren mit einer Ausnahme sämtliche geisteswissenschaftlichen Projekte gar nicht mehr im Rennen.
- Die Bewertung und Rangierung der beim SNF eingegangenen 34 ausgearbeiteten Projekte (Pull Proposals), welche zur Selektion der 18 Vorschläge an das EDI führten, erfolgten in ad hoc zusammengesetzten internationalen Expertengruppen. Unter den Experten und Expertinnen, die für die Beurteilung der sozial- und geisteswissenschaftlichen Projekte eingeladen wurden, befand sich auch ein Vertreter des schliesslich aus-

geschiedenen geisteswissenschaftlichen Fachgebietes (Archäologie).

Die Verantwortung für den Selektionsentscheid des SNF trägt nicht eine «Gruppe des Forschungsrates», sondern der Nationale Forschungsrat in seiner Gesamtheit. Er ist auf den verschiedenen Selektionsstufen – Skizzen und ausgearbeitete Projekte – begrüsst worden. Seine Mitglieder aus den Geisteswissenschaften sahen sich zu keinem Zeitpunkt veranlasst, die vom SNF angewandte Evaluationsmethodik in Zweifel zu ziehen.

Im gleichen Editorial wird an anderer Stelle die Präsidentin des Nationalen Forschungsrates für eine Formulierung gerügt, die sie unmittelbar nach der Pressekonferenz im Fragefeuer der anwesenden Journalisten wählte. Dürfte man angesichts dieser Schelte nicht erwarten, dass sich ein in Musse geschriebener, reflektierter Kommentar durch etwas mehr Sorgfalt im Umgang mit den Fakten auszeichnet? Die angezettelte Polemik ist jedenfalls wenig dazu geeignet, unvoreingenommen gemeinsam nach Lösungen und Verbesserungen zu suchen.

«Choisir c'est renoncer et renoncer c'est douloureux»

Entretien avec Charles Kleiber, Secrétaire d'Etat à la science et la recherche

Les décisions concernant les pôles de recherche ont fait du bruit dans la communauté des sciences humaines et sociales. Qu'en pensez-vous?

Choisir c'est renoncer et renoncer c'est douloureux. Surtout pour ceux qui subissent la décision et ne pourront réaliser des projets excellents dans lesquels ils ont mis leurs espoirs et le meilleur d'eux-mêmes. Je comprends cette déception... J'accepte même les invectives et les citations tronquées qui l'accompagnent. L'argumentation rigoureuse et impartiale convient sans doute mal à l'expression de la déception.

Il n'en reste pas moins que des décisions politiques vont pénaliser ces disciplines.

Je récuse cette interprétation. Quels sont les faits? A partir de quelque 238 déclarations d'intention dans toutes les disciplines – où les sciences humaines et sociales étaient faiblement représentées –, le FNRS a opéré une sélection sévère sur des critères de qualité scientifique et a proposé au Département fédéral de l'intérieur 18 projets considérés comme scientifiquement excellents par les experts indépendants mandatés par le FNRS. Parmi ces 18 projets, aucun n'émanait spécifiquement des sciences de l'homme, si on accepte les définitions usuelles. Conclusion: ce sont les instances scientifiques et non les instances politiques qui ont écarté les sciences humaines. En revanche, sur les 14 projets retenus, dont 10 sont déjà attribués, 3 concernent les

sciences sociales au sens large. Cela correspond en gros à la part des sciences humaines et sociales dans le budget du Fonds national, soit environ 20%. C'est mieux que ce que l'on peut observer dans la majorité des pays européens.

Comment alors expliquez-vous ces réactions?

Ces réactions ne sont à mon sens qu'un symptôme. Elles ont agi comme le révélateur d'un désarroi, peut-être d'une crise ou d'une mutation qui touche, à des degrés divers, la plupart des pays européens. Les chercheurs des sciences de l'homme et de la société se vivent en effet comme des laissés pour compte de la politique scientifique. Responsable: l'Etat. Chez nous, la Confédération, qui ne peut agir directement qu'à travers le Fonds national – qui représente à peine 10% du budget des Universités – serait le grand responsable... Comment expliquer ce désenchantement?

Pour ma part, je vois 3 principales raisons. D'abord, la problématique des ressources. Les sciences humaines et sociales ont subi plus que les autres disciplines la rigueur budgétaire des années nonante associée à l'augmentation du nombre des étudiants. Elles ont été victimes de leur succès: plus d'étudiants, moins de ressources. Résultat: diminution du taux d'encadrement, diminution de la disponibilité pour la recherche, diminution de la capacité de promouvoir la relève, de se développer, d'innover et de prendre des risques.

Deuxième raison: le blocage des processus de réforme. Les représentants de la communauté des sciences humaines et sociales se sont courageusement engagés entre 1996 et 1998 dans une réflexion sur les réformes à entreprendre. Cela a permis de mettre en évidence les principaux problèmes à résoudre: relève mal assurée, procédure de promotion académique en panne, manque d'autonomie et de mobilité des chercheurs, cloisonnement des disciplines, insuffisance des études doctorales, etc. Faute de ressources, faute d'objectifs partagés, faute de capacité de décisions au niveau du système, ces propositions de bon sens sont restées lettre morte. Que d'espoirs perdus notamment dans les jeunes générations.

Troisième raison: l'objet même des sciences humaines et sociales – l'homme, la société et leurs interrelations – est en pleine transformation. Elles doivent être simultanément locales et globales; entretenir la mémoire collective et anticiper les développements sociaux; exercer la critique sociale et l'appliquer à elles-mêmes; prendre en compte les nouvelles conceptions de la nature, de l'homme et de l'espace que les autres savoirs font émerger; préparer à un marché du travail en changement permanent; questionner les multiples vérités et pensées uniques servies de toute part; former plus de jeunes gens autonomes, critiques, capables de travailler en équipe, d'apprendre à apprendre, de s'adapter, de s'affirmer et non plus reproduire des élites dans une perspective libérale. Leur rôle et leurs responsabilités sont énormes. Jamais nous n'avons eu autant besoin d'elles, jamais elles n'ont autant douté d'elles-mêmes. Plus que jamais, il est donc nécessaire qu'elles s'interrogent sur elles-mêmes, sur leurs

critères de légitimité scientifique, sur leur utilité, sur leur organisation, sur leur avenir. Plus que jamais elles ont besoin de ressources, donc de la confiance de la société.

Que préconisez-vous ?

Il faut se tourner vers l'avenir et mettre en œuvre, en les actualisant, les propositions de bon sens proposées par le Conseil suisse de la science en 1998: renforcement de la relève, développement d'études doctorales, création de centres d'excellence et d'outils modernes autour de problématiques fédératrices, soutien à l'internationalisation de la recherche, etc.

C'est dans cette perspective qu'un groupe de sages, emmené par un sage parmi les sages, Gerhard Schuwey, directeur de l'Office fédéral de l'éducation et de la science, préparera pour la fin de cette année un ensemble de mesures qui seront prises en compte – je l'espère et je me battrais pour cela – dans le programme d'action de la Confédération pour les années 2004–2007, avec les ressources supplémentaires nécessaires. Mais je serais heureux si cette action majeure de la Confédération pouvait s'accompagner d'un débat sur l'avenir à l'intérieur de la communauté universitaire. Il faut que ces nécessaires transformations reposent sur ses contributions, sur sa capacité à substituer la logique des savoirs à la logique des territoires et sur sa volonté de répondre aux attentes de la société. Une nouvelle dynamique est à l'œuvre. Je suis convaincu que les femmes et les hommes des sciences humaines et sociales sauront la transformer en mesures concrètes et audacieuses, en projets et en désir d'avenir.

Propos recueillis par Martin Fischer

Echos de la polémique des PNR

On s'en souvient, l'attribution des pôles de recherche nationaux (PNR) en fin d'année dernière a provoqué un véritable raz-de-marée, alimenté de réactions de surprise et de déception au sujet de l'éviction des sciences humaines et sociales. Certains conseillers nationaux et conseillers aux Etats se montrent préoccupés par la situation. Quelques extraits de leurs interpellations.

Situation der Geisteswissenschaften in der Schweiz

Ende des letzten Jahres wurden die neuen nationalen Forschungsschwerpunkte bestimmt. Von den zehn finanzierten Projekten gehört kein einziges zu den Geisteswissenschaften. Dies hat unter den Vertretern der Geisteswissenschaften, aber auch in weiteren Wissenschaftskreisen grosse Bestürzung ausgelöst.

Der Entscheid, kein Projekt aus den Geisteswissenschaften zu berücksichtigen, steht im Gegensatz zu den Empfehlungen, die in der vom schweizerischen Wissenschaftsrat veranlassenen Untersuchung (1994–1996) im Schlussbericht (1998) festgehalten sind. Dort wurde ausdrücklich festgestellt, dass die Geisteswissenschaften einen grossen Nachholbedarf hätten und dass ihre Stellung zum Schaden der schweizerischen Öffentlichkeit zu schwach sei. Namentlich wird dort gewünscht, dass nationale Forschungsschwerpunkte in den Geisteswissenschaften geschaffen würden. Entsprechend wurden im Sinne dieser Empfehlungen auch bedeutende Projekte eingereicht, die jedoch nicht berücksichtigt wurden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen: 1. Was gedenkt er zu tun, um die Stellung der Geisteswissenschaften,

die unter den Budgetrestriktionen des letzten Jahrzehnts ganz besonders zu leiden hatten, zu stärken? 2. Wie will er die Forschungsprojekte der Geisteswissenschaften fördern, die im Gesamten weniger leicht von Drittmitteln profitieren können? 3. Wie gedenkt er die Empfehlungen des schweizerischen Wissenschaftsrates umzusetzen?

Peter Kofmel

Evolution de la répartition des subsides à la recherche scientifique

Bien qu'il soit difficile, et pas toujours pertinent, de distinguer la recherche fondamentale de la recherche appliquée, on constate une tendance à l'accroissement de la part des subsides publics à des recherches desquelles on espère des retombées économiques à court terme. Parallèlement, on constate aussi une tendance à favoriser la recherche orientée. Dans les deux cas, c'est la recherche fondamentale qui risque d'être négligée, et c'est la recherche libre qui risque de manquer de moyens.

Le Conseil fédéral est prié d'analyser les évolutions dans le soutien à la recherche au cours des dernières décennies. Cette analyse devrait particulièrement porter: a. sur l'évolution de l'ensemble des subsides accordés à la recherche scientifique par

la Confédération par rapport à l'évolution de l'ensemble de ses dépenses et par rapport à l'effort fourni par différents pays (Allemagne, France, Grande-Bretagne, Etats-Unis, Japon, en particulier); b. sur l'évolution de la répartition de ces subsides entre la recherche libre et la recherche orientée et dans la mesure du possible, entre la recherche fondamentale et la recherche appliquée.

En connaissance des résultats de cette analyse, le Conseil fédéral est prié de dire s'il est satisfait de cette évolution, sinon d'indiquer les corrections qu'il entend apporter.

Rémy Scheurer

In seiner Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2000–2003 vom 25. November 1998 (BFF 2000–2003) hatte der Bundesrat die Geistes- und Sozialwissenschaften zu einem der vier Schwerpunktbereiche seiner Politik der orientierten Forschung gemacht. In der gleichen Botschaft erklärte er das neue Instrument der nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) zum Mittel für die Förderung der Schwerpunktbereiche. Im September 1999 genehmigte das eidgenössische Parlament die Kredite für das neue Forschungsinstrument der nationalen Forschungsschwerpunkte.

In der durch den SNF durchgeführten Ausschreibung von NFS und in der nachfolgenden Beurteilung von Projektskizzen und ausgearbeiteten Vorschlägen blieb insbesondere geisteswissenschaftlichen, aber auch sozialwissenschaftlichen Eingaben der Erfolg versagt, und zwar in unverhältnismässig hohem Ausmass. Der für die Vorbereitung der Auswahl zuständigen

Untergruppe in der Abteilung IV des SNF-Forschungsrates gehörte keine aktive Forscherin respektive kein aktiver Forscher aus den Geisteswissenschaften an.

Einzelne geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte kamen für den SNF auch dann nicht in Betracht, wenn sie von externen Experten empfohlen wurden. Vom SNF wurde unter anderem auf fehlende Strukturen verwiesen. NFS waren aber so konzipiert worden, dass sie auch der Strukturbildung dienen sollten.

Schliesslich unterbreitete der SNF dem Departement des Innern 18 – nach Meinung des SNF in gleicher Weise hoch qualifizierte – Projekte zur politisch motivierten Auswahl. Drei davon beschlugen direkt die Sozialwissenschaften, ein viertes wenigstens zur Hälfte die Sozial- und Geisteswissenschaften. Das EDI gab im ersten Anlauf keinem dieser Vorschläge seine Stimme, im Gegensatz zur deklarierten und dem für die vorangegangenen Kreditbeschlüsse zuständigen Parlament in Aussicht gestellten Forschungspolitik des Bundesrates.

Die Verteilung der zehn vom EDI ausgewählten NFS auf die vier Schwerpunktbereiche ist frappant ungleich ausgefallen: Auf die Lebenswissenschaften kommt die Hälfte der ausgewählten Projekte (6), auf nachhaltige Entwicklung/Umwelt ein Projekt, ebenso auf die Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Geistes- und Sozialwissenschaften gehen leer aus.

Christine Beerli

Nachdiplomstudien im Bereich Entwicklung

(kp) Keine Universität in der Schweiz bietet ein Lizentiat in Entwicklungsstudien an. Es gibt jedoch eine ganze Reihe von universitären und Universitäts-nahen Zentren und Instituten, welche selbst Forschung im Entwicklungsbereich betreiben und Weiterbildungskurse anbieten. Drei interdisziplinäre Nachdiplomstudiengänge mit Diplomabschluss in Entwicklungszusammenarbeit respektive Entwicklungsstudien können in Zürich, Lausanne und Genf besucht werden.

Zürich: Theorie und Praxis

Das Nachdiplomstudium in Entwicklungszusammenarbeit (NDS) der ETH Zürich umfasst, je nach Vorkenntnissen der Studierenden, 2–3 Teile: Im Studiensemester (Vollzeitstudium) werden zunächst theoretische und empirische Grundkenntnisse über gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische, demographische und

umweltrelevante Entwicklungsprozesse vermittelt. Der Unterricht erfolgt in Vorlesungs- und Seminarveranstaltungen und schliesst mit einer Seminararbeit ab. In einem Weiterbildungssemester werden die bisherigen Kenntnisse erweitert und vertieft; dieser Unterricht erfolgt in Blockkursen und kann berufsbegleitend absolviert werden.

Alle Studierenden, welche nicht über eine mindestens zweijährige Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit verfügen, müssen einen Projekteinsatz von 6 bis 12 Monaten im Ausland leisten; dieses Praktikum wird zwischen dem Studiensemester und dem Weiterbildungssemester absolviert, so dass im letzten Drittel der Ausbildung die Theorie aus dem ersten Teil mit den Erfahrungen aus dem Einsatz verbunden und verarbeitet werden kann.



Hier fehlt eine Legende

Lausanne: Mitten ins Feld

Der Gedanke der Verbindung der praktischen Arbeit mit der theoretischen Reflexion wird an der EPF in Lausanne noch weitergeführt: Der Nachdiplomkurs des «Centre pour la Formation postgrade, les Relations internationales et la coopération» (CFRC), Abteilung Coopération, wird in einem Entwicklungsland und in

Zusammenarbeit mit einem Institut aus diesem Land durchgeführt und ist auch offen für Hochschulabgänger/innen aus dem Gastland. Im laufenden Studienjahr arbeitet das CFRC mit der «Ecole Inter-Etats d'Ingénieurs de l'Equipement Rural» (EIER) in Ouagadougou (Burkina Faso) zusammen.

Bedingung für die Zulassung ist ein Universitätsdiplom; Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit werden hingegen nicht verlangt. Der Kurs richtet sich in erster Linie an Ingenieurinnen und Architekten, ist jedoch offen für alle Personen mit einer gleichwertigen Ausbildung. Der Kurs dauert 18 Wochen und umfasst einen Teil zu Strategien und Theorien der Entwicklung und der internationalen Beziehungen, spezifische Kurse und praktische Arbeit im Feld sowie die Erarbeitung von Projektvorschlägen; es muss eine Diplomarbeit abgefasst werden.

Genf: Forschung und Bildung

Über ein weitreichendes Angebot im ganzen Bereich der Entwicklungsstudien verfügt das «Institut Universitaire d'Etudes du Développement» (IUED) in Genf. Unter anderem werden zwei Diplomalergänge angeboten; in ihrem Ansatz und in ihren Inhalten über die Entwicklungszusammenarbeit hinausgehend, sind sie auch zeitintensiver als die Lehrgänge der beiden technischen Hochschulen.

Das Studium zum «Diplôme d'études supérieures» (DES) dauert vier Semester und wird mit einer Diplomarbeit abgeschlossen. Nach dem Besuch von Kursen in vier zentralen Themen der Entwicklungsstudien «Anthropologie et 'développ-

pement'», «Economie du développement», «Sociologie politique du développement» und «Ecologie globale et 'développement soutenable'» werden in einem zweiten Teil die wichtigsten Konzepte und theoretischen Instrumente vertieft. Zugelassen zum Studium sind Hochschulabgängerinnen und -abgänger mit Erfahrung in Entwicklungszusammenarbeit. Der Lehrgang zum «Certificat de spécialisation en études du développement» (CED) richtet sich hingegen an Kader mit mehrjähriger Erfahrung im Entwicklungsbereich; ein Hochschulabschluss ist nicht Bedingung. Die Ausbildung, die einen gemeinsamen Einführungsblock mit dem DES umfasst, ansonsten jedoch praktischer orientiert ist, erfolgt in Modulen und dauert in der Regel zwei Semester; die Abfassung einer schriftlichen Arbeit ist nicht obligatorisch.

Kontakte und Information:

NADEL-Sekretariat, ETH Zentrum, Voltastr. 24, 8092 Zürich, Tel. 01 632 42 40

www.nadel.ethz.ch

CFRC-Coopération, MA-Ecublens, 1015 Lausanne, Tél. 021 693 60 12

www.epfl.ch/COOP/index.html

IUED, 24, rue Rothschild, CP 136,

1211 Genève 21, Tél. 022 906 59 40

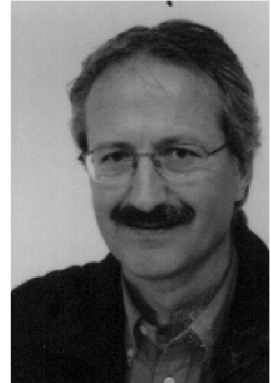
www.iued.unige.ch

«Die KFPE muss in der Schweizerischen Öffentlichkeit ein breiteres Verständnis für die Probleme des Südens und des Ostens fördern»

Interview mit Prof. Hans Hurni, Präsident der Schweizerischen Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern und Professor für Geografie an der Universität Bern

Herr Hurni, nun sind es zwei Jahre her, seit Sie das Amt als Präsident der KFPE übernommen haben. Sind Sie zufrieden mit der geleisteten Arbeit und der heute eingeschlagenen Richtung?

Seit ihrer Gründung im Jahre 1994 setzt sich die KFPE dafür ein, den Forschungspartnerschaften mit Institutionen in Entwicklungsländern eine grössere Anerkennung zu verschaffen. Dies ist ihr durch Aktionen nach innen und nach aussen mit unterschiedlichem Erfolg gelungen. Nach innen ging es zunächst darum, einen Überblick über die zahlreichen Tätigkeiten der schweizerischen Forschungsinstitutionen in Drittweltländern zu verschaffen und



Hans Hurni

Was ist die KFPE?

Die 1994 eingesetzte KFPE ist eine Kommission des Rates der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien (CASS). Sie setzt sich aus ad personam Mitgliedern sowie Vertreterinnen und Vertretern assoziierter Institutionen zusammen. Die KFPE verfügt über ein Sekretariat in Bern.

Übergeordnetes Ziel der KFPE ist es, durch partnerschaftlich organisierte Forschung an eine weltweite, nachhaltige Entwicklung beizutragen.

die Hunderten von individuellen Projekten überhaupt zu kontaktieren und damit aufzuzeigen, wie vielfältig auch dieser Bereich der schweizerischen Forschung ist. Ein weiterer Schritt nach innen war die Entwicklung eines *code of conduct*, das heisst das Erarbeiten von ethischen Prinzipien, anhand derer sich diese Projekte orientieren können, wenn sie den heute gültigen entwicklungspolitischen Grundsätzen genügen wollen. Ein entsprechender Leitfaden der KFPE ist mittlerweile in sechs Sprachen erschienen und hat weltweit eine hohe Anerkennung gefunden. Die KFPE möchte in Zukunft sogar soweit gehen, dass sie das Label «KFPE-unterstütztes Projekt» für Projekte vergibt, die diesen Prinzipien genügen und die sie auch regelmässig kontrollieren lässt.

Kommen wir zurück auf die externen, für ein breites Publikum bestimmten Aktionen: Was haben Sie getan, um die Öffentlichkeit auf Fragen, die Sie beschäftigen, zu sensibilisieren?

Die KFPE hat vor allem durch zwei internationale Anlässe in der Schweiz, in den Jahren 1996 und 2000, dazu beigetragen, dass Forschungspartnerschaften in breiteren Kreisen der Wissenschaft wie auch der Politik nicht einfach als Forschungshilfe für einen rascheren Transfer von Technologien aus der reichen Welt in die arme Welt angesehen werden. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass auch die Schweiz sehr viel von dieser Art von Zusammenarbeit profitieren kann, in der Forschung wie im Alltag. Zum Beispiel ist die integrative, transdisziplinäre Forschungsmethodik in Entwicklungsländern schon seit über 15 Jahren angewandt worden und verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz, der seit neuerem auch bei uns eingesetzt wird. Die KFPE möchte in Zukunft noch vermehrt in der schweizerischen Öffentlichkeit für ein breiteres Verständnis für die Probleme des Südens und des Ostens wirken. Ein aktives Mitarbeiten unseres Landes an der gemeinsamen Lösung dieser Probleme ist für unser Land eine moralische Verpflichtung und kann durchaus auch als Eigennutz gesehen werden.

Sind Sie an einem Projekt beteiligt, das in Ihren Augen von besonderer Bedeutung ist?

Die bedeutendste Initiative war zweifellos das Mitmachen bei der Bewerbung zur Errichtung eines nationalen Forschungs-

schwerpunkts (NFS) im Bereich der Forschungszusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Mit der aktiven Begleitung der KFPE haben sieben schweizerische Forschungsinstitutionen, die allesamt über eine langjährige Erfahrung in partnerschaftlicher Forschung mit Entwicklungsländern verfügen, ein interdisziplinäres Forschungskonzept erarbeitet, das an der Linderung von Syndromen des globalen Wandels in acht Regionen der Welt arbeiten will. Unter der Leitung des interdisziplinären Zentrums für Entwicklung und Umwelt des Geografischen Instituts der Universität Bern sollte dieser NFS mit langfristigen Forschungspartnerschaften in drei Syndrombereichen arbeiten, die vor allem die folgenden drei Problemkreise ansprechen: urban-periurbane Probleme, Desertifikation, sowie Gebirgsprobleme. Wichtigste Bedingung für das Gelingen der NFS-Idee war die garantierte Unterstützung der Partnerinstitutionen in Entwicklungs- und Transitionsländern durch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), in gleicher Höhe wie das Budget der schweizerischen Institutionen durch den Nationalfonds.

Aber das Projekt hat die letzte Phase des Wahlverfahrens nicht bestanden...

Der vorgeschlagene NFS Nord-Süd hat in der wissenschaftlichen Evaluation gute Noten erhalten und wurde vom Nationalfonds im Juli 2000 in die Liste der 18 vorgeschlagenen NFS aufgenommen. Leider hat das Departement des Innern diesem NFS in der forschungspolitischen Beurteilung nur mittlere Priorität zugestanden, so dass er nicht unter die ersten 10 geförderten NFS gelangt ist. Wir hoffen nun

auf die Zustimmung der Parlamente für die Finanzierung der vier zusätzlich vorgeschlagenen NFS im Juni 2001, unter denen sich auch der NFS Nord-Süd befindet. Der Gesamtbundesrat hat einen entsprechenden Kredit beantragt. Für die KFPE ist das Gelingen dieses NFS Nord-Süd zentral, weil damit ein einzigartiges, langfristiges Programm der Forschungspartnerschaften mit Entwicklungs- und Transitionsländern gesichert würde, in welchem der KFPE-Verband schweizerischer Institutionen eng zusammenarbeiten könnte.

Wie entgegnen Sie jenen, die einwenden, dass die Länder im Süden oft andere Sorgen haben als die wissenschaftliche Forschung?

Gerade weil sich Entwicklungsländer den 'Luxus' der Forschung kaum leisten können, ist Forschungszusammenarbeit im Sinne des KFPE-Leitfadens zentral. In die Forschung in Drittweltländern werden heute nur rund 15% der weltweiten Forschungsbudgets investiert, obschon 80% der Erdbevölkerung dort leben und um ihr Überleben kämpfen. Die Dichte der Forschenden ist bei uns rund sechzig Mal höher als zum Beispiel in Afrika, und erstere sind zudem viel besser mit Infrastruktur und Information ausgestattet als letztere. Wissenschaftliche Forschung, wenn sie nicht nur einseitig auf Technologieförderung ausgerichtet ist, sondern mindestens ebenso stark auf Fragen der Umwelt und der sozialen Probleme eingeht, wird auch in diesen Teilen der Welt einen elementaren Beitrag zur Entwicklung leisten können. Es ist mittlerweile von vielen Menschen anerkannt, dass die Förderung der nachhaltigen Entwicklung

auf globaler Ebene mit dem Zustand der sogenannten Dritten Welt steht und fällt.

Welches sind die allfälligen Risiken bei einem partnerschaftlichen Projekt?

Für Forschungspartnerschaften zwischen Ländern des Nordens und des Südens gibt es zahlreiche Herausforderungen, wie zum Beispiel der Umgang mit der Macht, bei der Definition der Forschungsfragen oder der Verteilung der Finanzmittel. Es ist deshalb unabdingbar, gerade bei der Vorbereitung von grösseren Programmen wie dem vorgeschlagenen NFS Nord-Süd, der partizipativen Planung genügend Spielraum zu geben und den Bedürfnissen der Partner Priorität einzuräumen.

Oft kommen die Mittel für ein partnerschaftliches Projekt aus Fonds, die der Entwicklung und Zusammenarbeit gewidmet sind, nicht der Forschung. Worauf ist das zurückzuführen?

Dass die Forschungsförderung in den vergangenen Jahrzehnten bisher vor allem durch die Entwicklungszusammenarbeit betrieben wurde, hat damit zu tun, dass der Aus- und Weiterbildung der lokalen Partner grosses Gewicht beigemessen wurde. Das war und ist zweifellos immer noch ein zentrales Anliegen, denn partnerschaftliches Arbeiten bedingt ähnliche Grundvoraussetzungen. Im Zuge der Globalisierung, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch der Probleme, ist es allerdings ein Bedürfnis, dass es auch Forscher im Norden gibt, die die Probleme des Südens sehr genau kennen und dies in Lehre und Forschung im Norden und auf internationaler Ebene einbringen können. Der Nationalfonds hat

sich 1994 wohl auch durch diese Einsicht leiten lassen und hat im Rahmen des Schwerpunktprogramms Umwelt (SPPU) ein spezielles Modul vorgeschlagen, in welchem in den vergangenen sieben Jahren wesentliche Erfahrungen gemacht werden konnten. In einem zukünftigen Programm sollen diese Erfahrungen genutzt und vor allem die institutionellen Komponenten im Norden wie im Süden verstärkt werden.

Wie beurteilen Sie allgemein gesehen die Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften in den Forschungspartnerschaften?

Die Sozial- und Geisteswissenschaften nehmen in der Forschungszusammenarbeit mit dem Süden eine zunehmend wichtige Rolle ein, seit die partizipativen Ansätze vermehrt ins Zentrum gerückt sind. Dies ist eine Chance, die zunächst von den Partnern im Süden wahrgenommen wurde und jetzt auch vermehrt hier bei uns. Zum Beispiel sind im vorgeschlagenen NFS Nord-Süd über die Hälfte der Partnerinstitutionen im sozialwissenschaftlichen Bereich tätig, und das Programm ist entsprechend ausgerichtet. Die Syndrome des globalen Wandels verlangen vor allem Lösungen auf politischer, gesellschaftlicher und institutioneller Ebene; also ist die Forschungspartnerschaft stark auf die Bereiche Gouvernanz, Konflikttransformation, Regionalentwicklung und Haushaltsstrategien ausgerichtet. Die naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Bereiche bilden allerdings eine unabdingbare Basis, auf deren Hintergrund die Lösungsstrategien aufbauen müssen. Die spannende Frage und wissenschaftliche Herausforderung ist und bleibt aber das Zusammenwirken der

unterschiedlichen Disziplinen und das gemeinsame Arbeiten mit unterschiedlichen Anspruchskategorien aus der Gesellschaft, sowohl in den Arbeitsgebieten wie auch auf internationaler Ebene.

Interview: Magali Dubois

Concours de la «Lunette d'Or»: c'est reparti!

Prix Media pour la diffusion de sujets des sciences humaines et sociales

«La Lunette d'Or», prix de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH), d'un montant de Fr. 10'000.–, vise à favoriser le dialogue entre les milieux des sciences humaines et sociales et la cité.

Conditions de participation

«La Lunette d'Or» récompense le travail d'un(e) journaliste ou un(e) scientifique qui, dans le cadre d'un article, reportage, compte rendu etc., présente un thème des sciences humaines et sociales de manière accessible à un public de non spécialistes. Le concours inclut l'ensemble des disciplines représentées par l'ASSH, droit et économie compris. Les media pris en considération (journaux, magazines, revues, émissions radio et TV, presse électronique) doivent avoir une fréquence de parution/diffusion quotidienne ou hebdomadaire. Les travaux en lice devront avoir été publiés/diffusés entre le 1er septembre 2000 et le 31 août 2001. Ils seront jugés par un jury composé de sept personnalités des médias et du monde scientifique. Les candidats ne peuvent soumettre qu'un seul de leurs travaux. Le règlement du Prix peut être consulté sur le site web www.sagw.ch ou demandé auprès de l'Académie.

Délai d'envoi

Le délai pour l'envoi des candidatures est fixé au 31 août 2001 (date du cachet de la poste). Trois exemplaires sont requis. Les enregistrements radio ou TV seront accompagnés d'un descriptif de quelques lignes de leur contenu.

Les travaux sont à adresser à:

Académie suisse des sciences humaines et sociales, Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Berne, Tél: 031 311 33 76, Fax: 031 311 91 64. E-mail: sagw@sagw.unibe.ch

Personne de contact: Magali Dubois

Bild Brille wie 4/2000

Remise du prix

Le prix sera remis lors du colloque d'automne de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales le 15 novembre 2001.

La diversité des sciences humaines en péril?

L'ASSH réunira ses sociétés membres pour une journée de réflexion

(md) Dans le cadre de la conférence des présidents de l'Assemblée annuelle 2000, les présidents des sociétés membres de l'ASSH ont émis le voeu de se rencontrer pour collaborer à un niveau thématique et politique. Ce sera chose faite à l'automne, puisque l'ASSH prévoit une manifestation dans la ligne des fora qui réunissait les sociétés membres par le passé. Plus que faire renaître un concept de ses cendres, le forum 2001 sera l'occasion de rebondir sur l'actualité de la fin de l'année 2000. En effet, il portera sur les «petites disciplines», sur leur avenir dans le paysage scientifique de notre pays, et surtout sur les possibilités et les difficultés à les intégrer dans des programmes plus larges.

Etat de la question en Suisse

Les «petites disciplines» étant souvent les premières cibles des restrictions budgétaires, elles doivent faire cavalier seul pour se légitimer dans la faculté et l'université qui les abritent, comme auprès des instances décisionnelles. Sur la base de ce diagnostic, il convient de s'interroger sur l'avenir réservé à ces matières à l'ère du New Public Management, les difficultés auxquelles elles doivent faire face, les perspectives pour la relève, comme sur les atouts sur lesquelles elles peuvent jouer.

fait de la mise sur pied de centres de compétence un des fers de lance de sa politique pour les années à venir. Reflétant l'ère du temps, les workshops seront aussi un lieu de réflexion sur la valeur ajoutée que les «petites» disciplines apportent aux institutions où elles sont représentées et sur les stratégies de mise en valeur auprès du public. Enfin, et la tâche n'est pas des moindres, les participants s'interrogeront, dans une perspective proactive, sur l'intégration des petites disciplines dans le cadre de programmes plus larges.

Echanges, workshops et propositions

Il est prévu qu'en marge des conférences, une série de workshops permette aux participants d'élaborer ensemble des propositions concrètes pour des mesures de collaboration et le développement de démarches interdisciplinaires. Il s'agira également de saisir l'opportunité de répondre au Message de la Confédération sur l'encouragement de la recherche qui

Forum Sociétés membres de l'ASSH

5 octobre 2000, Neuchâtel

*Renseignements: Magali Dubois, SAGW,
Tel. 031 311 33 76, dubois@sagw.unibe.ch*

Band 18 der Diplomatischen Dokumente der Schweiz ist erschienen!

Antoine Fleury, Forschungsleiter der Diplomatischen Dokumente der Schweiz

Der Band 18 der Diplomatischen Dokumente der Schweiz deckt die Zeitperiode zwischen Juli 1949 und April 1952 ab. Die internationale Situation war in dieser Phase geprägt durch die zunehmende Spannung zwischen den beiden Blöcken, welche im Koreakrieg einen Kulminationspunkt erreichte.

Vor diesem Hintergrund wurde die schweizerische Neutralitätspolitik einer beträchtlichen Prüfung unterzogen. Sollte die moralisch und wirtschaftlich mit dem Westblock verbundene Schweiz am Exportembargo für strategische Güter, welches von den USA gegen die kommunistischen Staaten verhängt worden war, teilnehmen?

Auf wirtschaftlicher Ebene beanspruchten die Verhandlungen zur Inkraftsetzung des Washingtoner-Abkommens von 1946 einen wichtigen Platz. Hier handelte es sich namentlich um die Regelung der in der Schweiz blockierten deutschen Privatguthaben und um die Beschlagnahme des Vermögens schweizerischer Firmen, die von den Alliierten als mehrheitlich unter «deutschem Eigentum» stehend betrachtet wurden. Die Lösung dieses langwierigen Rechtsstreits wurde von einer zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland zu treffenden Vereinbarung abhängig gemacht. Hinzu kam hier die komplexe Frage des Schicksals der auf schweizerischen Banken und Gesellschaften liegenden nachrichtenlosen Vermögen, welche Opfern des Hitlerregimes gehörten. Die von der schweizerischen Regierung vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen einer solchen Regelung

wurden mit Vertretern amerikanischer jüdischer Organisationen besprochen.

Die eidgenössische Regierung beschäftigte sich mit verschiedenen Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten. Der An- und Verkauf von Kriegsmaterial, in erster Linie mit den USA, aber auch abgewickelte oder angestrebte Waffenlieferungen nach Frankreich, Ägypten und Israel betrafen andere als wirtschaftliche Aspekte und spielten eine beträchtliche Rolle. Der Einfluss der schweizerischen Waffenindustrie, sowohl bei eidgenössischen Behörden als auch direkt bei am Erwerb schweizerischer Materials interessierten ausländischen Regierungen, verkörperte eine nicht zu unterschätzende Gegebenheit in der internationalen Rolle der Schweiz. In ihren Beziehungen zu verschiedenen Partnern dominierten wirtschaftliche Fragen, die indessen oft eine politische Dimension aufwiesen. Fragen rein politischer, diplomatischer, kultureller oder humanitärer Natur wurden ebenso berücksichtigt, wenn sie bedeutsam, ja aussergewöhnlich erschienen. Sowohl die Anerkennung der BRD und jene der kommunistischen Regierung Chinas als auch die Entsendung einer schweizerischen Militärdelegation nach Korea sind wichtige diplomatische Schritte der Periode.

Sch. 6 April 1949

STÄNDENRECHTSCHESES DEPARTMENT
DEPARTMENT

Bern, den 5. April 1949.

7.9.51.14.21.20. -02.

S e k r e t

Ausfuhr von Kriegsmaterial

Herr Minister,

Die Ausfuhr von Waffen und Munition war bis Ende März geregelt durch die Verordnung über Herstellung, Beschaffung und Vertrieb, Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial, vom 8. Juni 1939, die seither wiederholt abgemändert worden war, und den Bundesratsbeschlüssen über die Ausfuhr von Waffen, Munition und deren Bestandteilen, sowie Sprengstoffen und Minierstoffen, der ein Ausfuhrverbot für Waffen und Munition vorschreibt und im Gegensatz zur Verordnung befristet war.

Seit längerer Zeit verhandeln wir mit dem Militärdepartement über die Senkung der Verordnung und die Verlängerung des Verbotes, das Militärdepartement, das vorgezogen im Prozess Linie die unteilbaren Interessen der Arme zu betonen mit uns demnach schließt an einer leistungsfähigen schweizerischen Rüstungsindustrie interessiert ist, schlug vor, das Ausfuhrverbot zu erlassen und wie vor dem Krieg den gestrichelten Handel mit Kriegsmaterial einmündlich der Bewilligungspflicht zu unterstellen. Wir widersetzten uns diesem Vorschlag, indem wir darauf hinwiesen, dass aus massenpolitischen Gründen das Verbot gegenwärtig unauflöslich sei. Obwohl mit der blossen Bewilligungspflicht materiell weitgehend die gleiche Wirkung erzielt werden kann, würde die Aufhebung des Verbotes in im- und Ausland den unrichtigen Eindruck erwecken, dass die Schweiz ihre Politik geändert habe und weniger als bisher Ausfuhrwilligkeiten entgegen setze. Dies wäre jedoch unbedingt zu vermeiden.

Praktisch allerdings gestülpt sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Departementen in der Durchführung des Ausfuhrverbotes immer weitgehend, so bedarf Mühseligkeit darüber, dass z.B. der ganze rahe Daten, aber auch Politik und Praktiken wegen des Spannungsverhältnisses, China wegen des Bürgerkrieges, Spanien wegen der Unruhen der UNO nicht geliefert werden könnten, und dass auch bei Gegebenen aus dem Wege kommener Zurückhaltung am Platze sei. Gleichwohl wäre die Senkung aus dieser Gruppe von Staaten weiter und nicht von Bedeutung. Russland scheint mit bis jetzt nicht versucht, in der Schweiz Kriegsmaterial zu kaufen.

An die Schweizerische Gesandtschaft, London, Washington, Paris, Brüssel, Stockholm, Bern, Haag, Prag, Brno, Genua, Wien, Venedig, Genéve, Moskau.

Originaldokument
(DoDiS-4180), das über die
Internet-Datenbank DoDiS
(www.dodis.ch) zugänglich
ist.

Zu all den hier aufgeworfenen Fragen sowie zu Themen, welche aus Platzgründen nicht in den Band aufgenommen werden konnten, verweisen wir auf die Internetdatenbank DoDiS.

Informationen: *Diplomatische Dokumente der Schweiz*, c/o Schweizerisches Bundesarchiv, Archivstr. 24, 3003 Bern, 031 325 12 36, E-Mail: dds@bar.admin.ch, <http://www.dodis.ch>

Das Wasser der Alpen: Nutzungskonflikte und Lösungsansätze

6. Nationale Tagung Alpenforschung, 7. September 2001, Universität Luzern

Tagungsprogramm

- 09.00 Begrüssung
09.30 Nachhaltige Nutzung von Wasserressourcen
- regionale Probleme mit globalen Dimensionen
Claudia Pahl-Wostl, Industrial Transformation IHDP und EAWAG, Dübendorf
10.00 Das Wasserschloss Schweiz – ein hydrologisches Paradies?
Rolf Weingartner, Universität Bern
10.30 Kaffeepause, Posterausstellung
11.00 Workshops 1–4 (siehe unten)
13.30 Mittagessen, Posterausstellung
14.50 Präsentation ICAS
15.00 Workshop-Berichte
16.00 Podium: Beiträge der Sozialwissenschaften zur Lösung von Wasser-Nutzungskonflikten
Kurt Hanselmann, Universität Zürich (Leitung)
Ulrich Bundi, EAWAG, Dübendorf; Andreas Ernst, Universität Freiburg im Breisgau;
André Musy, Ecole Polytechnique Fédérale, Lausanne; Anne Petitpierre, Université de
Genève; Bruno Schädler, Bundesamt für Wasser und Geologie, Ittigen.
17.30 Apéro

Workshops

- Workshop 1: Wahrnehmung und Bewertung von Wasser. (Leitung: *Heinz Gutscher, Universität Zürich*)
Workshop 2: Recht, Eigentum und öffentliche Politik (Leitung: *Peter Knoepfel, IDHEAP, Lausanne,*
und Emmanuel Reynard, Universität Lausanne)
Workshop 3: Ökonomie und Konsum (Leitung: *Ruth Kaufmann-Hayoz, Universität Bern,*
und Beat Bürgenmeier, Universität Genf)
Workshop 4: Entscheidungsprozesse (Leitung: *Urs Geiser und Marc Zaugg, Universität Zürich*)

- Tagungsort:** Universität Luzern, Pfistergasse 20, 6002 Luzern
Sprachen: Deutsch und Französisch (ohne Simultanübersetzung)
Gebühren: Fr. 60.- (inkl. Mittagessen und Apéro), Studierende Fr. 40.-
Allen Personen, die ein Poster präsentieren, wird die Tagungsgebühr erlassen.
Organisation: Nationales Komitee des Human Dimensions Programme on Global Environmental
Change (IHDP) und Interakademische Kommission Alpenforschung (ICAS)
Anmeldung: bis 10. August 2001 bei der Geschäftsstelle ICAS, Bärenplatz 2, 3011 Bern,
Tel. 031/318 70 18, E-Mail: icas@sanw.unibe.ch,
oder via Internet: www.alpinestudies.unibe.ch/luzern01.html

Digitale Wortschatzpflege

Akademien arbeiten grenzübergreifend an elektronischer Wörterbuch-Textbasis*

Joachim Güntner

Ein makellores Wörterbuch ist eine hübsche Utopie. Samuel Johnson, der selbst ein grosser Lexikograph war, hielt Makellosigkeit nicht für möglich: «Dictionaries are like watches: the worst is better than none, and the best cannot be expected to go quite true», soll er gesagt haben. Exakte Uhren haben wir in den vergangenen zweihundert Jahren seit Johnson bekommen, aber sein Urteil über die Wörterbücher gilt noch immer.

Denken wir uns ein ideales Wörterbuch der deutschen Sprache: Müsste es nicht, um «quite true» zu sein, jedes deutsche Wort in all seinen Gestalten, seinen Bedeutungsnuancen und seiner Aussprache, also morphologisch, semantisch und phonetisch in allen Abschattungen, verzeichnen? Das sprengt den Rahmen herkömmlicher Werke. Denn um den Wortschatz in seiner ganzen Komplexität vollständig zu repräsentieren, müsste ein solches Wörterbuch den steten Verweis auf mögliche Kontexte eines Wortes, auf Beispiele des Gebrauchs, mit sich führen, und dies in möglichst erschöpfender Weise.

Ungewohnte Nutzeffekte

Wenn das eine Utopie ist, so doch eine, deren Realisierung dank elektronischer Textverarbeitung näher rückt. An der Ber-

lin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) arbeitet man seit einiger Zeit an einem «Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts», das nicht nur Lücken in der deutschen Wortschatzforschung schliessen – weder der zehnbändige Duden noch das in der DDR erarbeitete «Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache» stellen den deutschen Wortschatz lückenlos dar –, sondern überdies ein Wörterbuch gänzlich neuer Art liefern soll: eine «lexikographische Datenbank», welche mit Suchmaschinen befragt wird. So ein digitales Unternehmen bietet ungewohnte Nutzeffekte. Man kann sich beispielsweise eigene Spezialwörterbücher, seien es Reimwörterbücher oder Synonymenlexika, zusammenstellen lassen. Und die Aussprache von Wörtern muss nun nicht mehr bloss in Lautschrift notiert, sondern kann über Audiodateien gehört werden.

Alle Wörterbücher, gleich welcher Art, beruhen auf systematischen Textsammlungen. Aus diesen sogenannten Textcorpora beziehen sie ihre Einträge. Je breiter also die Textauswahl für das Corpus, desto besser wird das geplante «Digitale Wörterbuch» die deutsche Sprache des 20. Jahrhunderts abbilden. Von hier aus lässt sich der denkwürdige Akt verstehen, der heute Montagnachmittag in der Alten Universität Wien stattfindet: Die BBAW und ihre Mitstreiter, die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und die Schwei-

*Erschienen in: Neue Zürcher Zeitung, 12.03.2001

zerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), werden dort feierlich ihren Willen erklären, «in technischer und inhaltlicher Abstimmung» elektronische Textcorpora aufzubauen, welche «als Datenbanken unter Verwendung kompatibler Formate unter einer gemeinsamen Oberfläche im Internet abfragbar sein» werden. Dazu will man neben Zeugnissen der literarischen Hochsprache ebenso «alltags-, gebrauchts- und fachsprachliche Bestände» digitalisieren, vom Beipackzettel über Zeitungen und Zeitschriften bis hin zu philosophischen, juristischen und naturwissenschaftlichen Schriften. Auch Tonbandaufzeichnungen als Exempel gesprochener Sprache gehören dazu.

Zugriffsstruktur

Bezeichnend für das digitale Wörterbuch, das darum besser als Wörterbuchsystem bezeichnet wäre, ist die «Zugriffsstruktur». Der Nutzer konsultiert die zugrunde liegenden Textcorpora gleich mit. Er kann jedes gesuchte Wort im Kontext studieren, bekommt die Bedeutung «quite true», um mit Samuel Johnson zu reden. Aber nicht nur lexikographisch verdient die grenzüberschreitende Initiative der drei Akademien Beifall. Mit den Textcorpora entstehen digitale Archive, auf deren editorische Dignität, etwa was die Vollständigkeit und Fehlerfreiheit von Texten angeht, besonders die österreichische und schweizerische Akademie achten, da sie, anders als die BBAW, eher literaturwissenschaftliche Interessen verfolgen.

Besorgt beobachtet man in Wien, wie namentlich zwei amerikanische Grosskonzerne, Thomson Corporation/Gale-Group

sowie Chadwyck-Healey aus dem Konzern Bell & Howell, systematisch Digitalisierungslizenzen für literarische Texte bei den Buchverlagen in aller Welt aufkaufen. Schiller, Luther oder Kafka mögen als gemeinfreie Autoren gelten, aber die historisch-kritischen Ausgaben ihrer Werke sind noch urheberrechtlich geschützt, und an eben diesen verbindlichen Editionen besitzt Chadwyck-Healey längst die elektronischen Rechte. Ein Gleiches gilt für Cervantes oder Voltaire, Montaigne und den neunbändigen «Grand Robert de la Langue Française».

Wirkt die öffentliche Hand mit ihren Institutionen dieser tendenziellen Monopolisierung des Textwissens auf digitalen Datenträgern nicht entgegen, könnte das für die Bildungspolitik dereinst teuer werden. England baut seit Jahrzehnten ein nationales Textcorpus auf; in Frankreich, Tschechien und den USA hat man damit begonnen. Dass sich nun drei Akademien auch für den deutschsprachigen Raum dieser Aufgabe annehmen, muss man begrüßen. Wien ist heute der Ort einer bedeutsamen Erklärung.

Geschlechterdifferenz und Macht. Reflexion gesellschaftlicher Prozesse

Eine neue Publikation der SAGW

Thema dieses reichen und spannenden Buches sind soziale Prozesse, in welchen Differenzen zwischen den Geschlechtern konstruiert oder aber – theoretisch wie praktisch – aufgelöst werden. Kontrovers angelegt ist es sehr wohl, doch nicht nur durch die feministische Perspektive geprägt. Dies und die interdisziplinäre Ausrichtung zeichnen es aus unter anderen Veröffentlichungen, die dem Wechselspiel von Geschlechterdifferenz und Macht in unseren Gesellschaften nachspüren. Die Auseinandersetzung mit Positionen der aktuellen «gender studies» steht neben der geschlechterpolitisch brisanten Frage, wie weit wissenschaftliches Bemühen offensichtlichen Missständen abhilft. Ein Buch, das über Reflexion zu praktischen Massnahmen in wichtigen Lebensbereichen anhält.

Am 10. Mai fand eine Buchvernissage in Anwesenheit von Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss im Restaurant «Zum Äusseren Stand» in Bern statt.

Bestellungen und Informationen: Universitätsverlag Freiburg Schweiz, Pérolles 42, 1705 Freiburg, Tel: 026 426 43 11, E-Mail: eduni@st-paul.ch, www.st-paul.ch/uni-press-FR



«Come mai ci si interessa delle Alpi a Milano?»

**Interview con Chasper Pult,
Direttore del Centro Culturale Svizzero (CCS) a Milano**

Signor Pult, come mai il direttore di un centro culturale operativo in una metropoli come Milano si interessa della ricerca sulle Alpi?

I motivi sono due. Essendo io stesso di origini alpine mi sono sempre interessato alla ricerca sulle Alpi. Poi ho constatato fin dall'inizio che l'arco alpino nei suoi aspetti culturali interessa moltissimo i milanesi.

Nelle discussioni sul programma di ricerca nazionale 48 (vedi «Bulletin» no 4/2000) venne insistito sul ruolo importante delle istituzioni culturali nella diffusione e messa in atto di risultati scientifici. Cosa fa il CCS in questo ambito?

Con la sua infrastruttura e il suo programma variegato il CCS ha tanto da offrire in ambiti diversi. Sin dall'inaugurazione nel 1997 abbiamo fatto l'esperienza, che proprio la presentazione di risultati scientifici sulle regioni alpine suscitano un particolare interesse. All'uscita della traduzione italiana di opere maggiori, per esempio, il CCS organizza convegni con partecipanti svizzeri e italiani. Esposizioni documentarie come quella su «Miniere



Chasper Pult

e giacimenti», sono accompagnate dalla proiezione di film o da conferenze. In tutto ciò collaboriamo con diverse istituzioni e case editrici sia italiane sia svizzere. Un'altra possibilità di far conoscere i risultati scientifici è l'organizzazione di congressi nel nostro istituto e di combinarli con una manifestazione pubblica, aperta agli interessati. Questa esperienza alle spalle, non vedo particolari difficoltà nel diffondere i futuri risultati del PRN 48 in un ambiente urbano come Milano.

Sul sito web di Pro Helvetia si legge che il CCS cerca di diffondere un'immagine della Svizzera diversa da quella tradizionale propagata dal turismo. Ora Le chiedo, cosa c'è di più stereotipo della Svizzera quale paese alpino? In altre parole: come si riesce ad evitare certe immagini?

*Chasper Pult wirkte viele Jahre als Romanist am Bündner Lehrerseminar in Chur und an den Universitäten Genf, Freiburg und Zürich. Von 1992 bis 1996 war er Präsident der rätoromanischen Dachorganisation Lia Rumantscha. Seit 1997 leitet er das Centro Culturale Svizzero (CCS), eine Aussenstelle der Pro Helvetia, in Mailand.

La Svizzera è definita in Italia da tanti stereotipi soprattutto per quanto riguarda l'economia (banche, cioccolato), il turismo (paesaggio intatto) e la politica (isolazionismo, campanilismo). La cultura però offre vari aspetti tramite cui gli italiani possono scoprire una Svizzera sconosciuta. E spesso è proprio l'arco alpino a poter offrire degli stimoli culturali. Pensiamo ad esempio alle varietà linguistiche e culturali che si possono trovare nelle valli alpine. Tanti abitanti nelle zone alpine sono pure una sfida per i milanesi quando scoprono nelle mostre, nei ritratti video o in una serata di poesie che queste persone capiscono spesso meglio il mondo e i suoi problemi di tanti abitanti dei centri urbani, in quanto hanno una relazione con il loro ambiente che gli permette più facilmente di creare identità. Grazie ai vari toponimi e alle comunità piccole si crea una «Überschaubarkeit» per cui sono anche invidiati. E se l'orizzonte non finisce con la catena di montagne vicina sono spesso più «moderni» degli abitanti delle città.

Cosa caratterizza il lavoro di trasmissione tra la scienza e il grande pubblico? Quale particolare impegno è richiesto per «tradurre» il linguaggio scientifico in un linguaggio accessibile a un pubblico più vasto?

E' vero che si tratta di una vera e propria traduzione. Inizia già col titolo delle manifestazioni: Se presentiamo una serata dedicata alla ricerca di climatologia storica e la chiamiamo «Addio Pontresina!» visto il pericolo che la diminuzione del permafrost presenta per l'Alta Engadina, ovviamente il pubblico milanese affolla la sala. Bisogna poi invitare i relatori giusti, cioè quelli che non solo sono competenti in

materia, ma che hanno pure la capacità didattica di stimolare un pubblico di non addetti ai lavori, cercando di esprimere in forma divulgativa le riflessioni che stimolano il pubblico a porsi delle domande. Un'altra «strategia» è quella di coinvolgere personalità della cultura italiana per incentivare il pubblico. Quando Erri De Luca ha fatto un commento dal vivo al film «Splüja bela» della regista ticinese Francesca Solari che mostrava la realtà contadina in Val Bavona, una sala zeppa seguiva con attenzione cosa avrebbe detto lo scrittore napoletano su una realtà «sconosciuta» che esprime però, sempre, la «condition humaine».

Intervista: Kathrin Pieren

Université de Lausanne – Université de Niamey (Niger): quinze ans de collaboration académique

(md) Lancée en 1984 par le département de géographie de l'Université de Lausanne, la collaboration entre les universités de Lausanne et de Niamey (Niger) s'est rapidement étoffée: sociologues, chimistes et linguistes lausannois ont contribué à renforcer les liens par des enseignements sporadiques. L'exemple de la géographie est le plus probant; après quinze années de travail en commun, certains cours et direction de travaux sont encore le fruit de cette collaboration.

«Le contact régulier avec des professeurs lausannois, ainsi que la présence permanente d'un maître assistant suisse à Niamey jusqu'en 1998 a considérablement modifié le type de recherche effectué par les Nigériens», commente Jörg Winistörfer, vice-recteur et professeur de géographie à l'Université de Lausanne. Le partenariat ayant principalement consisté en un renforcement du deuxième cycle d'études de géographie, les travaux de diplômés, jusque là principalement axés sur une connaissance bibliographique, ont trouvé davantage d'ancrage sur le terrain. Ainsi, des enquêtes originales, en prise directe avec des questions d'intérêt local ou national telles que la lutte contre la désertification ou l'autosuffisance alimentaire, ont été menées. Dans une telle entreprise, tout ne va évidemment pas de soi et la mise en place de tels travaux exige une infrastructure importante; le département de géographie de Niamey a été enrichi d'une cellule infographique et cartographique, des véhicules ont dû être achetés pour les recherches de terrain, une salle d'informatique a été équipée...Principal bailleur de fonds de l'opération: le département pour le développement et la coopération (DDC) du Département fédéral des affaires étrangères.

Questionnements d'ici, enseignements d'ailleurs: à la recherche d'un équilibre

Mais le risque n'est-il pas grand, dans ce genre d'aventure, de mettre à disposition des produits, en l'occurrence des enseignements, importés du Nord et pas forcément adéquats sous d'autres latitudes? Jörg Winistörfer reconnaît que le danger existe et qu'il a été ressenti dans la première phase du projet. «Mais, très vite, commente-t-il, les enseignements ont été repensés en fonction des problématiques propres aux questions sahéliennes. La seule notion de «recherche» donne matière à réflexion. Au Niger, l'utilité au pays et à la progression socio-économique du scientifique est probablement le critère déterminant pour un travail». Sans parler de la méfiance envers les chercheurs du Nord, héritée du passé colonial. Et Jörg Winistörfer de rappeler la trace laissée par l'époque du pillage de l'information, diffusée dans des publications du Nord par des chercheurs du Nord...

Du côté des chercheurs suisses, le professeur de géographie souligne l'apport d'une telle expérience: «J'ai pu moi-même me spécialiser dans les questions de la zone semi-aride, d'un point de vue phy-

sique et socio-économique. Et pour les étudiants, l'aubaine était de taille: imaginez l'expérience que représentent trois ou quatre mois de vie dans ces régions pour un jeune géographe!» Il ressort de ces propos que les bénéficiaires se partagent de part et d'autre, même s'il est utopique de croire que la définition des besoins des pays du Sud par les pays du Nord corresponde aux attentes des premiers.

Une collaboration qui s'esquisse au fil du temps

Le partenariat implique une évaluation fréquente de la pertinence du modèle de collaboration tel qu'il est appliqué. Jörg Winistörfer se souvient qu'une fois lancé sur place, le projet avec le Niger a mis en évidence une incompatibilité entre les critères pour la recherche et la publication définis par le Fond national et les concrétisations possibles avec l'Institut de géographie de l'Université de Niamey. En outre, il arrive fréquemment que l'offre de collaboration, émanant du Nord, soit acceptée davantage pour l'opportunité d'obtenir des fonds pour la recherche que par intérêt pour les thématiques proposées. Dans le cas de la collaboration avec le Niger, les efforts d'un coordinateur local ont permis de mettre en place une équipe pluridisciplinaire nigérienne désireuse de s'investir sur le terrain et d'y mener des enquêtes originales. Certains d'entre eux ont pu effectuer une partie de leur travail au Nord, même si l'objectif n'a jamais été d'imposer des schémas de compréhension eurocentrés des sujets étudiés.

La confiance, garante de l'avenir des partenariats scientifiques

A ce jour, Jörg Winistörfer se réjouit de la tournure prise par un projet dont le succès n'était pas forcément assuré. Au chapitre des mesures durables, le bureau d'études «Géoconseil», une cellule autogérée de consultation, qui, au terme du financement de la DDC, a pu poursuivre ses activités. La création de ce bureau a entraîné un changement significatif dans la gestion des mandats: devenus institutionnels plutôt que personnels, ces derniers alimentent régulièrement le compte du département, lui permettant ainsi d'assurer le roulement des activités de «Géoconseil». Et l'avenir? «La confiance est la base de toute tentative de partenariat», postule Jörg Winistörfer. Et d'ajouter que se lancer dans une telle aventure signifie aussi «aller chez l'autre avec une attitude d'apprenant autant que d'enseignant, et rester modestes et ouverts face à une curiosité intellectuelle différente de celle qui nous est familière».

Regard du Sud

Les sciences humaines et sociales et les partenariats scientifiques avec les pays en développement – Le regard d'un partenaire du Sud

Mamadou Ndiaye

Travailleur social et membre d'une entité de l'ONG internationale Enda Tiers Monde, Mamadou Ndiaye s'investit dans divers champs de développement en milieu urbain et en zone rurale du Sénégal notamment. Il a participé au programme prioritaire «Environnement» financé par le Fond National et la DDC et fera part de ses expériences lors d'une présentation à l'Assemblée annuelle de l'ASSH le 15 juin 2001 à Berne.

Un monde en proie à divers types de contradictions

Nous sommes les témoins des mutations et des contradictions qui se manifestent à l'échelle de la planète et qui induisent une crise de plus en plus exacerbée. Les effets les plus visibles de cette crise apparaissent sous des formes diverses :

Contradictions environnementales

Les plus graves dangers guettent la planète : pollution généralisée des mers et des terres, déforestation, épuisement des ressources naturelles non renouvelables, érosion du patrimoine génétique, végétal et animal. Alors que la technologie paraît s'émanciper de toute contrainte, la dégradation du milieu est telle qu'elle menace la survie de l'humanité.

Contradictions politiques

Notre monde se balkanise. Un peu partout, les cadres géopolitiques se redessinent au gré de la violence. De plus en plus, les véritables décisions se prennent au niveau des organismes financiers internationaux et des sociétés internationales ; ceux qui

en subissent les conséquences n'ont absolument aucun contrôle sur elles. Plus que jamais, le pouvoir échappe aux citoyens, aux peuples et aux états.

Contradictions existentielles

La crise du sens de la vie se répand, celle que certains appellent la crise culturelle. Elle est liée à la perte du symbolique, du lien entre les choses, entre soi-même et les choses, lien qui se distend et s'estompe. Les individus et les groupes recherchent les voies pour recréer la cohérence et se retrouver.

Toutes ces contradictions apparaissent dans le creuset du développement de l'économie libérale mondiale. Une partie de l'humanité accumule la majorité des ressources et des richesses qui sont produites tandis que l'autre partie, la plus nombreuse, éprouve les plus grandes difficultés à survivre physiquement. Visible-ment, les promesses de l'accumulation généralisée ne sont pas tenues.

À l'échelle mondiale et nationale, mais aussi au plan local, le clivage *dominants-dominés* éclipse aujourd'hui toute

autre forme de rapports sociaux. Le plus grand nombre se retrouve exclu non seulement de la richesse extérieure, celle qui est produite par les dominants pour leur propre consommation, mais ils sont aussi expropriés de leurs propres richesses et des ressources pour la produire. La mercantilisation du monde est telle que tout ce qui n'est pas marchandise n'a plus de valeur, à commencer par l'homme lui-même quand il ne répond pas aux qualités de *l'homo oeconomicus*.

Des sociétés aliénées de leurs systèmes de représentation du monde

Les hommes sont ainsi de plus en plus expropriés de leurs représentations, de leurs manières de penser, d'éduquer, de produire, de manger, d'aimer, d'organiser leur vie ou de tisser des relations avec leurs pairs. En somme, les individus et les groupes sont exclus de leur système d'explication du monde. Les liens qui les unissaient à leur environnement sont vidés de leur sens. Chaque groupe, chaque culture a sa propre manière de concevoir des liens logiques entre les choses pour interpréter les événements. L'appauvrissement se manifeste par une incapacité à unifier le monde, à expliquer pourquoi et comment est constituée la réalité. Parce qu'il renie la légitimité de systèmes d'explication non marchands, le développement économique actuel est diabolique. Il désunit, il désintègre les représentations symboliques. En Afrique, selon nous, la pauvreté est en rapport avec cette perte de relation complice entre l'homme et son environnement. Le défi des sciences humaines et

sociales est de reconstruire cette cohérence perdue.

Dans ce contexte, la coopération scientifique entre pays développés et pays en développement est perçue sous différents angles. Pour certains, elle a pour fonction de masquer les méfaits les plus évidents de la transition vers le modèle occidental. De ce point de vue, elle sert à maintenir l'ordre en constituant une voie de pénétration plus efficace du modèle culturel occidental. La coopération scientifique charrie des tensions du fait de la prégnance des modèles culturels qu'elle implique.

Le partenariat scientifique avec les pays en voie de développement: un défi pour les sciences humaines et sociales

Ce qui nous paraît intéressant actuellement, c'est de recréer une dynamique qui ne s'aligne pas sur la conception dominante du développement largement porteuse d'exclusion sociale et d'appauvrissement de couches de la population. La rupture commence par une nouvelle appréciation de ce que sont la richesse et certains concepts. La richesse est multidimensionnelle. L'enrichissement provient de la prise en compte de multiples canaux qui irriguent et diversifient les savoirs et les sagesses en provoquant des approfondissements et reconnaissances mutuelles. L'homme est le principal moyen pour actionner cette synergie, d'où l'importance de soutenir toute dynamique qui réhabilite l'homme dans toutes ses dimensions, qui réhabilite aussi ses relations aux autres hommes et à son milieu de vie.

Une condition fondamentale au partenariat: la valorisation des individus et des groupes

Reconnaître la ressource humaine en tant que potentiel personnel et collectif nous paraît être une priorité. On ne peut changer le monde et les rapports des hommes à ce monde que si l'homme lui-même change et si l'ensemble de ses capacités, notamment sa créativité et son autonomie, sont valorisées. Reconnaître la ressource humaine signifie travailler à la fois avec les acteurs populaires que nous appuyons et les autres intervenants avec lesquels nous interagissons. Cette option appelle des évolutions certaines qui consistent à identifier, à valoriser et à relativiser les savoir-être, les savoir-faire et les savoirs, de même que la manière dont les acteurs voient le monde et décodent leur environnement. Il est important de privilégier

- la reconnaissance de l'autre dans sa différence comme source d'enrichissement;
- la distanciation par rapport à soi-même et à ses certitudes;
- l'attention particulière au changement, aux processus et aux interactions multiples;
- la prise en compte de toutes les capacités (réflexion, décision, négociation, recherche, adaptation).

A la découverte du sens

Changer l'homme, c'est aussi changer son regard sur le monde et avant tout sur celui dans lequel il vit et dont il vit. Nous n'avons pas à imposer des manières de voir mais nous devons pouvoir reconnaître

le sens que les gens donnent à ce qu'ils font ou à ce qu'ils vivent et permettre à chacun de retrouver sa capacité de créer du sens. C'est cela que nous entendons par «redécouverte du sens»: aider à débusquer les significations qui créent de l'exclusion, qui dévalorisent les ressources et les capacités populaires et les remplacer par des significations qui, au contraire, les réhabilite. C'est ce que nous appelons du «sens inclusif». C'est une condition pour favoriser «l'inclusion» du plus grand nombre, c'est-à-dire leur intégration mutuelle dans un système de vie qu'ils maîtrisent et qui les assimile au lieu de les exclure. Reconnaître le sens que les gens donnent aux choses et à la vie, c'est reconnaître la diversité des lunettes qui permettent d'appréhender le monde proche ou lointain.

Gesundheit in Städten der Dritten Welt

Ein Graduiertenprogramm des Schweizerischen Tropeninstituts
und des ethnologischen Seminars der Universität Basel

PD Dr. Brigit Obrist van Eetwijk, Ethnologisches Seminar der Universität Basel

Das rasche Wachstum der Städte – besonders in Afrika und Asien, führt zu einer immer komplexer werdenden Problematik und stellt eine der grössten Herausforderungen für die Zukunft dar. Die rapide Urbanisierung hat meist einen negativen Einfluss auf die Gesundheit der Stadtbewohner. Millionen von Menschen leben in schlechten Wohnverhältnissen und haben nur beschränkt Zugang zu Lohnarbeit, Gesundheitsversorgung, Trinkwasser und anderen öffentlichen Diensten. Unter solchen Bedingungen breiten sich medizinisch leicht zu heilende Infektionskrankheiten wie Tuberkulose rasch aus. Aber nicht nur das «natürliche», sondern auch das soziale und kulturelle Umfeld schafft Probleme: Städtisches Leben ist oft geprägt von Unsicherheit, Gewalt und Orientierungslosigkeit, und dies trifft vor allem jene Glieder der Gesellschaft, die auf Unterstützung angewiesen wären, wie erwerbslose, kranke und alte Menschen. Neben infektiösen und psychosozialen Krankheiten kommen im Zuge der epidemiologischen Transition vor allem im städtischen Umfeld noch «neue» chronische Gesundheitsprobleme wie erhöhter Blutdruck, kardiovaskuläre Krankheiten und Diabetes hinzu.

Das Schweizerische Tropeninstitut in Basel beschäftigt sich seit Jahren mit dieser komplexen Problematik, vor allem aus der Sicht der Epidemiologie. Diese Disziplin

erforscht die Verteilung von Gesundheit und Krankheit und deren Determinanten in einer Bevölkerung oder Bevölkerungsgruppe. Sie hat eine quantitative Methodik entwickelt, die den zentralen Forschungsansatz im öffentlichen Gesundheitswesen, in Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation – auch in der Entwicklungszusammenarbeit – bildet.

Der Beitrag der Medizinethnologie zu einer wissenschaftlichen Forschungspartnerschaft

Die vergangenen Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, wie wichtig es ist, die Bevölkerung in Bemühungen zur Verbesserung der Gesundheit einzubeziehen. Die besten medizinischen Diagnose-, Therapie- und Präventionsmassnahmen nützen wenig, wenn sie von der Bevölkerung nicht genutzt werden. Mehr Verständnis für die in einer Bevölkerung vorhandenen Vorstellungen und Verhaltensweisen bezüglich Gesundheit und Krankheit sind gefragt. Genau an diesem Punkt setzt die ethnologische Grundlagenforschung ein. Unter dem Begriff «Medizinethnologie» untersucht sie mit einer qualitativen Methodik kulturelle und soziale Aspekte von Gesundheit. Aufbauend auf Erfahrungen in Städten von West- und Ostafrika bauten das Schweizerische Tropeninstitut in Basel und das

Ethnologische Seminar der Universität Basel 1999 ihre Zusammenarbeit durch eine interfakultäre Verbindung zwischen der Epidemiologie (Departement Integrative Biologie) und Ethnologie (Departement Geistes- und Kulturwissenschaften) systematisch aus. Sie schufen ein dreijähriges Graduiertenprogramm, das sich auf Beziehungen mit Forschungspartnern in afrikanischen und asiatischen Städten stützt und diese stärkt und den wissenschaftlichen Nachwuchs auf Promotions- und Post-Doc-Ebene in den Fächern Ethnologie und Epidemiologie fördert.

Das erste Jahr dieses Graduiertenprogramms diente der Vorbereitung individueller Projekte mit intensiver Betreuung (Lehrveranstaltungen, Graduiertenkurs, Gastvorträge etc.). Das zweite Jahr stand im Zeichen der Feldforschung in Abidjan (Elfenbeinküste), Dar es Salaam (Tansania), Manado, Tahuna und Tomohon (Indonesien), Manila (Philippinen) und Mumbai (Indien). Im dritten Jahr nun rückt die Analyse der Daten und das Abfassen der Dissertationen bzw. wissenschaftlicher Publikationen in den Mittelpunkt; die TeilnehmerInnen werden dabei wiederum systematisch unterstützt, unter anderem mit einem einwöchigen Graduiertenkurs. «Gesundheit» vom lokalen Standpunkt

Alle Projekte rund um das Graduiertenprogramm befassen sich mit der Frage, welche Auswirkungen das schnelle Wachstum der Städte auf die Gesundheit der Stadtbewohner hat. Jede Studie untersucht einzelne Aspekte dieser Frage aus einer geistes- und sozialwissenschaftlichen Perspektive und erforscht die Sicht- und Lebensweisen der lokalen Bevölkerung. Ein erstes Projekt aus der Vorbereitungsphase des Graduiertenprogramms geht

vom Begriff «Gesundheit» – nicht «Krankheit» – aus: Welche Bedeutungen verbinden Frauen und Männer in Dar es Salaam mit dem Begriff «Gesundheit», und was tun sie ihrer Meinung nach für die Gesundheit ihrer Familie? Daran schliesst sich eine Studie in derselben Stadt über «BP» (blood pressure), einer Bündelung lokaler Vorstellungen zu erhöhtem Blutdruck an. In Abidjan konzentriert sich eine Untersuchung auf die sozialen Beziehungen im städtischen Umfeld und deren Bedeutung im Krankheitsfall. Das Projekt in Manila geht lokalen Vorstellungen über die Ursache von Tuberkulose und dem damit verbundenen Therapieverhalten auf den Grund. Bei der Forschung in Mumbai stehen geschlechterspezifische Aspekte psychosozialer Gesundheitsprobleme im Vordergrund. In drei kleineren Städten am Nordzipfel der Insel Sulawesi schliesslich geht es um das Altwerden.

In allen Projekten spielt die Zusammenarbeit mit Forschenden vor Ort eine zentrale Rolle. Wie diese Zusammenarbeit konkret gestaltet wird, unterscheidet sich selbstverständlich von Fall zu Fall. Allen Projekten liegt jedoch die Einsicht zugrunde, dass nicht nur die lokale Bevölkerung, sondern auch angehende und erfahrene Forschende wie auch das soziale, ökonomische und politische Umfeld, in dem diese leben und arbeiten, in die Planung, Durchführung und Auswertung von Projekten einbezogen werden müssen.

Auskünfte: Dr. Brigit Obrist van Eeuwijk, Ethnologisches Seminar, Universität Basel, Tel: 061 267 27 38, www.unibas.ch/ethno/

Un environnement propre, pour qui?

Questions de développement urbain durable en Amérique Latine

Jean-Claude Bolay, Institut de recherche sur l'environnement construit (IREC), EPFL

La préservation de l'environnement est une préoccupation majeure qui mobilise décideurs et chercheurs depuis de nombreuses années déjà. Les questions de pollution des eaux et de l'air, de contamination des sols et de gestion des nuisances, quelles qu'elles soient doivent être résolues à travers des innovations technologiques, personne n'en disconvient. Mais elles ne sauraient être abordées dans une perspective limitée à cette seule dimension. Il s'agit d'un fait de société, et comme tel, il interpelle les différents acteurs présents sur la scène publique. Par ses causes multiples, ses approches différenciées et

les luttes d'intérêt que peut susciter un débat sur l'environnement, ce phénomène ne peut être approché que dans une vue multidimensionnelle, jouant des différentes disciplines scientifiques (sciences naturelles, ingénierie, sciences sociales et économiques) pour avoir une chance de trouver une solution ad hoc et à long terme. Ces éléments de cohérence et de synergie sont sans nul doute à la source du concept de «développement durable» qui, depuis le début des années 90, est venu hanter aussi bien le débat scientifique que les conversations politiques.



Travail entre habitants, architectes, sociologues et responsables locaux : Une manière nouvelle de planifier l'aménagement des quartiers populaires; Holguin, Cuba, 1998.

Environnement – équité – prospérité: les fondements du développement durable

Travaillant depuis de nombreuses années sur les questions urbaines dans les pays en développement, une équipe de l'IREC et ses partenaires associés dans trois pays d'Amérique Latine tentent depuis deux ans de réfléchir aux problèmes des villes en croissance à travers le prisme du «développement durable», non pas pour l'appliquer, telle une recette miracle à des maux ancestraux, mais bien plutôt pour en déconstruire les différents éléments et examiner, de façon très pragmatique, si l'amélioration de l'environnement naturel et bâti, en milieu urbain, est compatible avec les deux autres dimensions clés du développement que sont l'équité sociale et la prospérité économique.

Pour ce faire, une méthode de recherche a été mise en place: sur le plan de la démarche, associer des chercheurs à des opérationnels (soit des représentants de centres académiques collaborant avec des ONG et autres institutions publiques) et à des groupes d'usagers; sur le plan des finalités, lier l'urbanisme et l'architecture aux sciences sociales (sociologie et économie) afin de profiler une analyse et des recommandations abordant l'ensemble des problèmes; sur le plan des hypothèses qui guident ces travaux, comprendre que la protection de l'environnement naturel et bâti a un coût, et que celui-ci peut avoir des effets pervers sur les usagers à faible revenus, si des mécanismes de péréquation sociale ne sont pas mis en place.

La question pourrait paraître quelque peu opaque si l'on n'avait pas le bon sens de porter le regard sur la réalité qui nous

entoure. Celle que l'on rencontre dans les pays du tiers monde, par maints aspects, est prémonitoire des grands changements qui bouleversent notre monde: 75% des Latino-américains vivent dans des zones urbanisées, mais moins de la moitié de ces citoyens jouissent des infrastructures et des services requis pour une vie en collectivité salubre et digne. Pour la majorité de ces citoyens «de second rang», la vie urbaine se résume à la précarité (dans leur statut légal, dans leur habitat, leur travail et plus généralement dans leur avenir), c'est l'art de la débrouille, la culture des solidarités ou du clientélisme qui supprime l'absence de protection, le manque de sécurité.

Innover dans la ville: des impacts multiples

Trois exemples ont été étudiés, dans trois contextes distincts, tous révélateurs des grands enjeux contemporains: A Cuba, tout d'abord, dans une société en pleine redéfinition, notre regard s'est porté sur l'action d'une organisation non gouvernementale dans l'expérimentation de processus architecturaux et urbanistiques moins onéreux et mieux adaptés aux besoins des familles à faibles revenus. En Bolivie, l'organisation urbaine est désormais reconsidérée par l'implantation d'une série de réformes juridiques favorisant la décentralisation et le renforcement des pouvoirs locaux. L'occasion était ainsi donnée de voir comment ces changements structurels se répercutent dans la gestion d'un service urbain de première importance pour l'environnement, la récolte des ordures ménagères. En Argentine, pour ter-



Holguin, Cuba: De nombreux citadins vivent dans des conditions d'insalubrité et de non confort; la crise économique ne facilite pas la réhabilitation de leurs logements.

miner ce tour d'horizon, la privatisation des services de distribution d'eau potable, désormais entre les mains d'une multinationale, permet d'ausculter comment ce nouveau mode de gestion se répercute à la fois sur la qualité des prestations fournies et sur son étendue spatiale et sociale.

Trois exemples qui nous servent de fil conducteur en répondant à une série de questions simples à formuler, plus difficiles à résoudre: Où se situe l'innovation, dans les produits technologiques et/ou dans les processus mis en place? Quel est son coût, en termes économiques et financiers mais également en effets indirects sur le plan social et environnemental? Quel est son impact social, les usagers sont-ils bénéficiaires de ces changements, quelle que soit leur appartenance socio-économique, et si c'est le cas, à travers quels mécanismes?

Repenser l'organisation urbaine ne passe pas seulement par des améliorations technologiques

Les premiers résultats des enquêtes menées dans chacun des trois pays engagés dans la recherche nous amènent à quelques réflexions intéressantes.

Un premier constat, d'ordre plus organisationnel que technique. La préservation de l'environnement dans les villes du Sud passe par une réorganisation des collaborations entre les différents niveaux de l'autorité publique et les représentants de la société civile. En Argentine comme en Bolivie, les entreprises privées jouent désormais un rôle déterminant (que ce soit dans la distribution de l'eau ou la gestion des déchets solides). A Cuba, les difficultés économiques ont engendré l'émergence de nouveaux acteurs, comme

les ONG. Cela étant, l'Etat, après avoir été mis en retrait, revient au premier plan dès lors qu'il s'agit de répondre aux besoins du plus grand nombre des citoyens. Aucune «justice sociale» en termes d'aménagement urbain ou d'extension des infrastructures ne peut se faire sans régulation d'un organisme supérieur, et seuls les pouvoirs publics ont cette autorité pour le faire.

Sur le plan technique, cette «gouvernance urbaine», associant de façon plus équilibrée les gouvernants et la société civile, apporte une série d'innovations très prometteuses pour la protection de l'environnement naturel et bâti, comme de façon plus générale pour la vie des citadins: des logements de meilleure qualité sont mis à disposition des familles cubaines sans moyens financiers; un ramassage des ordures ménagères s'organise dans des ruelles des quartiers populaires de La Paz, là où ce service était inexistant auparavant; la qualité et le débit de l'eau sont améliorés depuis la nouvelle gestion de ce service dans la zone métropolitaine de Buenos Aires.

Sur le plan économique, pour terminer, il faut néanmoins reconnaître que de très grandes disparités subsistent et peuvent encore augmenter. La dimension sociale du développement n'est pas la préoccupation première des agents du changement en Bolivie comme en Argentine, c'est avant tout l'aspect lucratif de cette opération qui intéresse l'entreprise et les autorités publique (plus gagner d'un côté, moins dépenser de l'autre). Et de manière plus globale, dans les trois pays concernés, ces innovations restent fortement dépendantes d'investissements étrangers (ONG internationales à Cuba et en Bolivie, inves-

tisseurs occidentaux en Argentine), ce qui peut se répercuter à court ou long terme par une perte d'indépendance. Particulièrement lorsque les Etats et les municipalités n'ont pas les ressources financières et techniques pour répondre aux demandes minimales de la population.

En conclusion, et à partir des premiers résultats d'une recherche en cours, il est possible de constater que la véritable innovation dans le domaine environnemental ne se situe pas là où nous le soupçonnions au départ. Elle a toujours une dimension technologique, cela est évident et indispensable. Mais l'innovation ne peut jamais se limiter à cet aspect, encore faut-il introduire des transformations institutionnelles et sociales dans le processus de mise en oeuvre. Faute de quoi ces améliorations demeurent à l'état expérimental et n'ont aucune chance d'avoir un impact profond et durable pour le devenir des hommes et de leur environnement. C'est tout l'enjeu des actions menées actuellement dans ces villes latino-américaines. C'est aussi une confirmation en faveur d'une approche interdisciplinaire et multiacteurs tels que nous la promovons dans le cadre d'une science urbaine, elle aussi en construction.

Informations: Institut de recherche sur l'environnement construit IREC, IRECD-EPFL, CP 555, 1001 Lausanne, Tél. 021 693 32 97, secretariat.irec@epfl.ch, <http://irec.epfl.ch>

Schweizerische Friedensstiftung: Erfahrungen mit Nord-Süd-Partnerschaften

Prof. Laurent Goetschel, Geschäftsführer Schweizerische Friedensstiftung

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind die weitaus meisten gewalttätigen Konflikte in der südlichen Hemisphäre ausgetragen worden. Die Schweizerische Friedensstiftung (SFS) kann als handlungsorientierte Forschungsinstitution ihr Augenmerk somit nicht allein auf die nördliche Hemisphäre richten. Als Teil ihrer Tätigkeiten strebt die SFS seit rund zehn Jahren die Einrichtung von Nord-Süd-Partnerschaften an.

Mit den Projekten ENCOP (Environmental Conflict Project) und ECOMAN (Environmental Conflict Management in the Horn of Africa) wurde im Rahmen des Schwerpunktprogramms «Umwelt» des Schweizerischen Nationalfonds versucht, eine intensive Partnerschaft sowohl zwischen Institutionen im Norden und im Süden, als auch zwischen beteiligten Süd-Partnern aufzubauen. Mitbeteiligt waren Forscherinnen und Forscher aus Äthiopien, Eritrea, Sudan und Somalia. Um die Dominanz aus dem Norden so gering wie möglich zu halten, wurde ein lokales Koordinationsbüro aufgebaut mit dem Ziel, die Aktivitäten der südlichen Forschungsgruppen untereinander zu koordinieren. Allerdings hat sich gerade diese Zusammenarbeit als schwierig erwiesen. Neben technischen Kommunikationshindernissen kamen historisch bedingte Animositäten zwischen den Angehörigen verschiedener Staaten zum Vorschein. Als Folge wurden die südlichen Forschergruppen – entgegen der ursprünglichen Absicht

– wieder verstärkt länderspezifisch zusammengesetzt. Trotzdem generierte das Projekt substantielle Forschungsbeiträge aus dem Süden und leistete damit einen Beitrag nicht nur zum Wissensaustausch zwischen Norden und Süden, sondern auch zwischen den Ländern des Südens.

Aus den Nord-Süd Partnerschaften soll eine Verbesserung der Süd-Süd Beziehungen resultieren

Dies ist ebenfalls ein zentraler Aspekt der Kooperation der SFS mit afrikanischen Ländern im Frühwarnbereich: Um erfolgreich zu sein, darf Frühwarnung nicht nur auf die Politik nördlicher Drittstaaten ausgerichtet sein. Sie muss auch lokale Akteure (Staaten, Nichtregierungsorganisationen, regionale Akteure) mit Informationen versehen und zu Aktionen anleiten. Dazu bedarf es Massnahmen im Bereich der Ausbildung, der Datenerhebung, der Analyse und der Übermittlung. Das Frühwarnprojekt FAST der Schweizerischen Friedensstiftung ist zusammen mit anderen Organisationen darum bemüht, Fortschritte in diesen Bereichen zu erzielen. Schwierigkeiten ergeben sich unter anderem dadurch, dass Aktivitäten im Bereich der Frühwarnung in südlichen Staaten vielfach als politische Eingriffe empfunden werden.

Diese Empfindlichkeiten südlicher Partner und ihrer Staaten gegenüber Inter-

ventionen Dritter ist auch von zentraler Bedeutung für den dritten zu erwähnenden Tätigkeitsbereich der SFS, demjenigen der zivilen Friedensförderung. Das Suchen nach Wegen und Möglichkeiten des Friedensaufbaus im Vorfeld oder Nachgang von Konflikten bedarf einer auf Vertrauen und Langfristigkeit gründenden Beziehung zwischen Partnern im Norden und im Süden. Dabei ist es notwendig, die wissenschaftlichen Kapazitäten der Partner im Süden in diesem Bereich weiter auszubauen.

Insgesamt erweist sich für die SFS der Aufbau wissenschaftlicher Nord-Süd-Partnerschaften als unumgänglich. Dieser Aufbau gestaltet sich jedoch aus technischen, historischen und politischen Gründen als schwierig. Noch weniger als im Norden gibt es im Süden eine vor äusseren (politischen) Einflüssen «geschützte» wissenschaftliche Sphäre. Wichtig ist es, wenn aus den Nord-Süd-Beziehungen auch Spill-Overs für die Verbesserung der Süd-Süd-Beziehungen resultieren. In Anbetracht der insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen ist der Aufbau nachhaltiger Beziehungsnetze mit entsprechenden finanziellen und organisationellen Grundlagen im Norden unabdingbar.

Auskünfte: Schweizerische Friedensstiftung, Gerechtigkeitsgasse 12, 3000 Bern 8, Tel. 031 310 27 27, www.swisspeace.ch

Veranstaltungskalender der Mitgliedsgesellschaften

August–Dezember 2001

Schweiz. Gesellschaft für Symbolforschung	Arbeitstagung «Präsenz ohne Substanz», Zürich	31.8.–1.9.2001
Commission pour l'étude du XVIIIe siècle	Colloque international «Encyclopédie d'Yverdon»	6.–8.9.2001
Société suisse de sociologie	Congrès de la Société suisse de sociologie	19.–22.9.2001
Schweiz. Sprachwissenschaftliche Gesellschaft	Sommerschule «Sprachtypologie und Diskurs», Bern Jahresversammlung SSG/SSL, Bern Wissenschaftliche Tagung VALS/ASLA «Sprachbiographien», Biel	24.–28.9.2001 28.9.2001 3.10.2001
Société suisse pour la recherche en éducation	Congrès annuel: Transitions – Übergänge, Aarau	4.–6.10.2001
Société suisse de psychologie	Congrès 2001: Plasticité et transformations des comportements/ Plastizität und Veränderung des Verhaltens, Lausanne	11.–13.10.2001
Schweiz. Musikforschende Gesellschaft	82. Hauptversammlung mit Forum und Konzert, Bad Säckingen	13.–14.10.2001
Schweiz. Afrika Gesellschaft	Text in context: African languages between orality and scripturality, Universität Zürich	18.–20.10.2001
Schweiz. Theologische Gesellschaft	Jahreskolloquium «Erinnern und Versöhnen – Ein Weg für die Ökumene?» Universität Freiburg	9.–10.11.2001
Société suisse pour la science des religions	Assemblée générale 2001, Unitobler Berne	23.–24.11.2001
Schweiz. Vereinigung für Zukunftsforschung	Lebenslängliches Lernen	28.11.2001

Hans Hänni wird Generalsekretär der SATW

Seit dem 1. Mai hat die Schweizerische Akademie der Technikwissenschaften (SATW) einen neuen Generalsekretär. Dr. Hans Hänni war bisher Leiter des von ihm mitbegründeten «Network for Educational Technology» (NET). Er hat in Elementarteilchenphysik in Bern diplomiert und doktortiert und hat unter anderem sieben Jahre im CERN gearbeitet und einen Lehrauftrag für Datenkommunikation an der Universität Freiburg gehabt.

European Societies or European Society?

EuroConference on European Welfare States and Changing Life Courses
Kerkraade, The Netherlands, 6–10 October 2001

Changes in occupational and sectoral structures, increasing economic competition, changing gender roles and the restructuring of the welfare state have profound impacts on various aspects of life courses. The impact of these macrochanges will, however, vary significantly between countries of differing political economies.

The conference invites papers which address recent changes of life courses – transitions, patterns, interdependencies between events, cohort and period changes – in various life phase and life domains under the perspective of their macrostructural and institutional linkages.

Applications should be made by 4 June 2001, preferably online at <http://www.esf.org/euresco>. *Information*: euresco@esf.org, Tel: +33 388 76 71 35.

Die Universität Luzern gründet ein Kompetenzzentrum für judaistische Studien

Das Kompetenzzentrum für judaistische Studien (KJS) an der Universität Luzern ist aus einem Zusammenschluss aller Institute und Dozierenden der Universität entstanden, die sich mit der Thematik des Judentums wissenschaftlich auseinandersetzen. Sein Ziel ist die inneruniversitäre sowie die nationale und internationale Vernetzung der Lehre und Forschung zum Judentum und die Etablierung Luzerns als Zentrum für judaistische Studien im deutschsprachigen Raum.

Die offizielle Grundveranstaltung fand am Donnerstag, 19. April 2001 in Luzern statt.

Auskünfte: Universität Luzern, Pfistergasse 20, 6003 Luzern, E-Mail: rektorat@unilu.ch